

Potsdam, 11. Juni 2012

Der 6-Jahr-Plan des Finanzministers

Finanzminister Helmut Markov (DIE LINKE) legt die Personalbedarfsplanung 2018 vor – eine wüste Orgie der Stellenstreichungen in allen Ressorts und zerschlägt damit eine funktionierende Justiz. Selbst Politiker der Linken vermissen hier Realitätsbezug und solide Aufgabenkritik.

Bisher war die politische Orientierung der rot-roten Regierungskoalition in der Personalabschmelzung – 40.000 Landesbedienstete als Ziel – nur eine Absichtserklärung im Koalitionsvertrag, die seit dem erstmaligen Verkünden heftige Kritik verursachte. Bemängelt wurde vor allem, dass dieser pauschalen Vorgabe keine seriöse Aufgabenkritik, also die Bedarfsermittlung anhand der tatsächlich durch die Landes- und Kommunalverwaltung zu erfüllenden Aufgaben, zugrunde lag.

Im Mai dieses Jahres präsentierte Finanzminister Helmut Markov nun seine Vorstellungen zu den weiteren Kürzungen in Form der **Personalbedarfsplanung bis 2018** – ein Machwerk, das jegliche Seriosität vermissen lässt. Es sieht **Streichungen im Umfang von mehr als 6.000 Stellen auf künftig 42.031** vor, ohne dafür eine Berechnungsgrundlage auszuweisen.

Wolfgang Nešković, MdB der Fraktion der Linken, bewertete diese Vorhaben seines Parteikollegen als „gefährlichen Mangel an zukunftsweisenden Politikideen“. Er erklärte – und damit bestätigt er die Auffassungen von **BSBD** und **DJG** Brandenburg:

„Durch die Stellenstreichungen wird die Axt an eine funktionsfähige Landesverwaltung gelegt. In Bereichen, in denen ständiger Personalmangel und Überlastung herrschen, kann nicht weiter Personal reduziert werden, ohne das grundlegende Aufgaben der öffentlichen Verwaltung auf der Strecke bleiben.“ (Pressemitteilung vom 22.05.2012)

Der Geschäftsbereich des **Ministeriums der Justiz** ist bei den Kürzungen mit **915 Stellen** (Anteil an den Kürzungen 14,7 %) und bezogen auf den Haushalt 2012 mit einer Reduzierung um 17,5 % überproportional dabei. Es dürfte wohl jedem klar sein, dass damit die Vorstellungen von Justizminister **Dr. Volkmar Schöneburg** zu einem **Ausbau des Resozialisierungsvollzuges** sowie die **zügige Bearbeitung von Gerichtsverfahren und der Abbau der Rückstände insbesondere im Bereich der Sozialgerichtsbarkeit** illusorisch sind und damit in Frage gestellt werden.

„Gerade in der Justiz, die für das Rechtsbewusstsein der Menschen eine zentrale Bedeutung einnimmt, sollte von Sparbemühungen verschont bleiben. Es ist unverantwortlich, wenn in der Justiz beinahe jede fünfte Stelle wegfallen soll.“ (Wolfgang Nešković 22.05.2012)

Wir fordern deshalb die Landesregierung und die Mitglieder des Landtages unmissverständlich auf, diesem **Kürzungswahn Einhalt zu gebieten** und solchen Irrsinn zu stoppen. Es ist im höchsten Maße gegenüber den Bürgern unseres Landes unverantwortlich, wider besseren Wissens zu behaupten, **die Sicherheit, die Rechtsgewährung und die Rechtsverwirklichung wäre durch solche Kürzungen nicht beeinträchtigt** – sie sind es aus Sicht der Praktiker, die solchen Wahnwitz ausbaden müssen, sehr wohl.



Sabine Wenzel
Landesvorsitzende
DJG Brandenburg



Willi Köbke
Landesvorsitzender
BSBD Brandenburg